

Erscheint alle 4 Wochen
Stertell. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
"Die Eiche", Berlin
NW 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Obersveretinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 45/48

Berlin, den 25. November 1932

43. Jahrg.

Versprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an V. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Samtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 38821 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Versprechamt
Alexander 4719

Durchbruchschlacht Deutscher Selbstbestimmung!

Wenn wir dieses Wort an die Spitze unserer Ausführungen stellen, so glauben wir, damit den Sehnsüchten unserer Mitglieder aus dem Herzen zu sprechen. Es ist den gewerkschaftlichen Organisationen wahrlich nicht lieb, sich immer wieder mit den politischen Zeit- und Streitfragen zu beschäftigen. Und doch sind wir immer wieder gezwungen dazu, weil sich aus der allgemeinen politischen Lage die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Belange der Arbeitnehmerschaft ergeben.

Zum 5. Male sind wir nun in diesem Jahre in eine Wahl gefaßt worden. Zwei Präsidentschaftswahlen und zwei Reichstagswahlen haben wir hinter uns. Und was ist das Fazit? Zwei Reichstagswahlen sind von der Regierung Papan ausgeschrieben worden, um die Meinung des deutschen Volkes zu der augenblicklichen Reichsführung festzustellen. Was ist das Ergebnis dieser beiden Wahlen? Mit erdrückender Mehrheit hat das deutsche Volk erklärt, daß es mit der Politik des jetzigen Kanzlers nicht einverstanden ist. Bei der Wahl am 31. Juli hat die Regierung Papan 7 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Sie hat dann das große Wirtschaftsprogramm herausgegeben, durch welches dem Unternehmertum 2,2 Milliarden in den Schoß geworfen wurde. Sie hat ferner das nach ihrer Ansicht großartigste Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Welt gesetzt, durch welches sie das gesamte Unternehmertum eingefangen hat. Sie hat ferner erhebliche Summen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm bereitgestellt. Sie hat der Landwirtschaft Liebesgaben in den Schoß geworfen, wie noch keine Regierung der Vor- und Nachkriegszeit. Und doch hat sie gegenüber dem ersten Wahlgang nur drei Prozent der Stimmen gewonnen; von den abgegebenen Stimmen sind nur 10 Prozent auf die Parteien gefallen, welche die Politik der Regierung v. Papan vertreten.

Eine solche Auswirkung muß doch ihre tiefere Ursache haben. Und diese Ursache ist vom deutschen Volke und insbesondere der Arbeiterschaft, klar erkannt. Auch die deutsche Arbeiterschaft, ganz gleich welcher politischen Richtung, hat mit Interesse die Bestrebungen der jetzigen Regierung auf Anurbelung der Wirtschaft verfolgt. Sie spricht der Regierung nicht jeden Verdienst ab, die Wirtschaft beleben zu wollen. Die gute Absicht der Regierung wird nicht bestritten. Aber die Mittel, die sie anwendet, und vor allen Dingen der Geist, in dem diese Mittel zur Anwendung gelangen, wird aufs schärfste kritisiert.

Auch die Regierung Brüning hat uns schon Härten gebracht. Trotzdem hat die Arbeiterschaft das Gefühl gehabt, daß die Regierung Brüning die Lasten zur Sanierung der Wirtschaft Deutschlands möglichst auf alle Schultern gleichmäßig verteilen wollte. Dieses Gefühl ist bei der Regierung von Papan vollständig abhanden gekommen. Wie diese Regierung sich die Sanierung dachte, ergab schon die Notverordnung vom 14. 6. d. J. Der Eingriff in die Arbeitslosenversicherung und in die übrigen Zweige der Sozialversicherung war so fürchterlich, wie wir sie noch zu keiner Zeit zu verzeichnen hatten. Es ist einfach grauenvoll, wenn man sich die früheren Unterhaltungsleistungen in der Zeit vor dem 14. 6. 32 und nachher vor Augen hält. Und was besonders frapperend dabei wirken mußte, war die Rohheit dieser Gesetzgebung. Nehmen wir z. B. Beispiel die Invalidenversicherung. Die Renten wurden durchweg um 6,— RM. gekürzt, ganz gleich, ob es sich um eine Rente um 40,— RM. oder um 14,— RM. handelte. Wir haben damals aufbegehrt, wir haben protestiert und mit den Fäusten geknirscht, aber die Regierung v. Papan blieb kalt. Es waren ja nur die Armen, die davon betroffen wurden.

Wir erinnern dann weiter an die Notverordnungen vom 4. und 5. September d. J. Wir haben grund-

sätzlich gegen die 40prozentige Steuerermäßigung und auch gegen die Einstellungsstämme nichts gehabt. Nur war unsere Sorge groß, ob diese Mittel zu dem erwünschten Ziele führen werden. Wenn aber zu der gleichen Zeit, wo den Arbeitgebern 2,2 Milliarden Mark als Liebesgaben überwiesen werden, ein Notverordnungsingriff in die Löhne gemacht wird, mit der Maßgabe, daß von der 31.—40. Stunde der Lohn bis zu 50 Prozent gekürzt werden kann, dann muß die Arbeiterschaft ja erkennen, daß die ganzen Sanierungsmaßnahmen der Regierung Papan auf dem Rücken der Arbeitnehmer vorgenommen werden sollen. Es ist ja geradezu ungeheuerlich, daß zu der gleichen Zeit, wo den Arbeitgebern 2,2 Milliarden Mark in den Rücken geschmissen werden, die Arbeiter von ihrem kargen Tariflohn noch ganz erheblich einbüßen sollen.

Diese Notverordnungsbestimmungen haben die Situation blutig beleuchtet! Alles für die Arbeitgeber und Deklassierung der Arbeitnehmer. Nicht einmal die vorkriegliche kaiserliche Zeit hat sich eine derartige krasse Verhöhnung der Arbeiterschaft geleistet. Sie war in ihrem Vorgehen nicht milder, aber sie war klüger. Und jetzt, 14 Jahre nach der sozialen Revolution soll sich die Arbeiterschaft so etwas bieten lassen. Wir wissen, daß ein erheblicher Teil der Arbeitgeberschaft dieses Vorgehen der Regierung v. Papan für äußerst unklug hält und ganz freiwillig auf eine Ausnutzung dieser Notverordnung in punkto der Lohnherabsetzung verzichtet. Aber leider gibt es auch genügend Arbeitgeber, die diese Verächtlichkeit unter allen Umständen mitmachen wollen und somit zur Verschärfung der Klassengegenstände beitragen.

Vor dem letzten Wahlkampf hat die Regierung geglaubt, noch einen guten Trumpf auszuspielen durch die Verordnung zur Milderung der sozialpolitischen Härten der Verordnung vom Juni 1932. Diese Trumpfkarte hat nicht gestochen, denn die unbeträchtlichen Korrekturen, die mit dieser Verordnung an den Rentenkürzungen vorgenommen wurden, konnten unmöglich eine Wirkung auslösen, die alles, was vorher geschehen war, mit einem Schlag vergessen machte! Daß die Regierung des Glaubens war, sie könne mit einigen Bissen Zuckerbrot die Arbeitnehmerschaft an den Wagen ihrer Politik spannen, beweist einen außerordentlichen Mangel an psychologischen Einsicht. Mit Zuckerbrot und Peitsche kann man ein großes Volk heute nicht mehr regieren. Solange die Regierung das nicht begreift, wird sie vergeblich gegen die Front der Opposition anrennen. Muß nicht die Werbekraft einer Politik versagen, die mit der einen Hand wieder nimmt, was sie mit der anderen gegeben hat?

Die Weltverbundenheit unseres Vaterlandes mit der gesamten übrigen Welt bringt es mit sich, daß wir unsere wirtschaftliche Lage nicht nur nach den Vorgängen im Innern des Landes beurteilen können. Als vorwiegend industrielles Land haben wir die Verbundenheit mit dem Ausland und damit mit dem Außenhandel zu behalten. Wir bezweifeln nicht, daß die Arbeitnehmer, gleichwohl welcher Richtung, alle auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Maßnahmen mit fühlbarer Erleichterung begreifen; wenn aber gleichzeitig die positiven Wirkungen dieser Politik durch eine zweifelhafte Handelspolitik, durch die Drosselung unserer Ausfuhr und die Rahmung unserer für den Absatz im Ausland bestimmten Fertigwarenprodukte zunichte gemacht werden, so darf sich die Regierung nicht darüber beschweren, daß das Vertrauen in ihre Arbeit von Tag zu Tag zu Tag weiter abnimmt. Unser Volk hat ein sehr gutes Empfinden dafür, daß die großartigen Reden des Herrn Reichskanzlers v. Papan kein Ersatz für wirkliche Leistungen sind.

Sobiel zu dem Ergebnis der Wahlen. Wie es weiter kommen wird, wissen wir zur Stunde noch nicht. Sobiel steht fest, daß die Regierung Papan sich nicht veranlaßt fühlen wird, aus der Wahl irgend welche Konsequenzen zu ziehen. (Ist inzwischen doch geschehen. D. R.) Sie rechnet sich aus der Wahl einen Sieg heraus, denn ihre Anhängererschaft ist von 7 auf 10 Prozent gestiegen. Es sieht die Regierung nicht an, daß 90 Prozent des Volkes gegen sie steht.

Was soll nun werden? Wir haben es schon nach der Reichstagswahl vom 31. Juli d. J. geschrieben, daß die Wähler dieses Spiel satt haben. Sie wollen nicht nur Worte hören, sondern auch Taten sehen. Sie wollen endlich sehen, daß die Vernunft in Deutschland auch noch einen Marktwert hat. Das bedingt, daß sich nach den parlamentarischen Regeln mehrere Parteien gemeinsam zur Regierungsübernahme verpflichten. Eine solche Verständigung muß jetzt kommen, denn anders ist die Regierung Papan, die soviel Leid über uns gebracht hat, nicht zu stürzen. Die gewählten Volksvertreter haben also eine ungeheure Verantwortung. Sie sollen endlich dem deutschen Volke zeigen, daß ihre Wahl einen Sinn gehabt hat. Diese Hoffnung darf unter keinen Umständen enttäuscht werden. Zeigen sich die Volksvertreter dieser Stunde nicht gewachsen, dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn sich die Stimmen immer mehr und mehr durchsetzen, welche einer sogenannten autoritären Regierung das Wort reden. Die Stunde der Entscheidung ist da: Wahre echte Demokratie oder Autokratie! Das letztere bedeutet Herrschaft von Adel und Geldsack. Wer letzteres nicht will, der sammle sich in den Reihen der deutschen Arbeitnehmerschaft, um eine geschlossene Front gegen alle reaktionären Gewalten zu bilden. Bestimmen wir uns auf unsere Kraft; aus dem Volke heraus können nur die Kräfte entstehen, die das Volk zum Lichte führt. Also auf zur Durchbruchschlacht.

Wo stehen wir?

Die allgemeine politische Lage hat sich zusehends verschärft. Es herrscht eine Hochspannung, die alle Gemüter in Bewegung hält. Reichskanzler v. Papan hat nun doch die Konsequenz aus dem Ergebnis der beiden Reichstagswahlen und der klaren Absage fast aller Parteien und Stände gezogen und dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Man muß es der Regierung Papan nachsagen, daß sie sich die größte Mühe gab, weiteste Kreise durch allerlei Versprechungen an sich zu fesseln. So hat der Reichsminister die Absicht verkündet, bei der bevorstehenden Reform des Wahlrechts den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zuzubilligen. Die Antwort hierauf hat ihm die 21. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen erteilt. Der erste Bundesvorsitzende Pfänder führte aus, daß „die deutschen Kriegsteilnehmer keine neue Klassifizierung wünschen, sie wollen nicht besondere Rechte, sondern gleiches Recht. Der Kanzler spreche sich oft gegen Parteimishandlung aus. Wenn aber die Parteien praktisch ausgeschlossen würden, was nütze dann eine Zusatzstimme. Die Staatsgewalt gehe vom Volke aus. An diesem Grundsatz müsse man festhalten. Deshalb ersehne der Reichsbund auch nichts mehr, als ein Wiederzustandekommen der Parlamentstätigkeit.“

Diese Absage ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Auch die christlichen Gewerkschaften, um die sich v. Papan sehr bemüht hat, haben ihm eine vollständige Absage gegeben. In einer Vorstandskonferenz des Gesamtverbandes, die am 10. November tagte, wurde ein Aufruf erlassen, in welchem darauf hingewiesen wurde, „daß das schaffende Volk in Stadt und Land am 6. November das Mißtrauensvotum des aufgelösten Reichstages gegen das Kabinett Papan bestätigt habe. Das bedeutet das Todesurteil für diese Regierung. Volksurteil und Verfassung lassen ihr nur eine Möglichkeit: Rücktritt zu Gunsten einer verfassungsgemäßen völkerverbundenen Regierung. Das sei umso notwendiger, da sich diese volksfremde Regierung als Bahnbrecher für den zerstörenden Radikalismus erwiesen habe. Das Kabinett von Papan habe in den 5 Monaten seines „autoritären“ Regierungsversuches den Beweis erbracht, daß seine Regierungsmethode das Werk jahrzehntelanger, staatspolitischer Schulungsarbeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerschlagen droht. Die Regierung gibt vor, den Bolschewismus zu bekämpfen. Dabei führt ihr unsoziales

Gebahre: in Wort und Tat geradewegs zum zerstörenden Radikalismus, zum wirtschafts-, staats- und kulturvernichtenden Bolschewismus."

Also auch von dieser Seite ist das Urteil über die Regierungskunst Papens geradezu vernichtend. Auch in Unternehmungskreisen ist der anfängliche Jubel über die Steuerquittscheine, über die Einstellungsprämien und die unerhörte Drosselung der Löhne und Gehälter stark abgeklübt. Das hat ja auch so seine Ursachen. Papen ist schon in der kurzen Zeit seines Regierens berühmt geworden, daß er der Mann sei, welcher mit der einen Hand gibt, um mit der anderen Hand doppelt zu nehmen. So hat er mit seinen Kontingentierungsplänen für landwirtschaftliche Produkte die ganze deutsche Industrie, welche ja auf die Ausfuhr angewiesen ist, mächtig vor den Kopf gestoßen. Es kam weiter hinzu, daß die Unternehmer bei der Durchführung der notverordneten Lohn- und Gehaltsdrosselung doch sehr erheblichen Widerstand bei der Arbeitnehmererschaft fanden und sich trotz bereitwilligster Hilfsleistung des Herrn Reichsarbeitsministers doch sehr scheiden mußten.

Schließlich steigen den führenden Köpfen des Unternehmertums doch allerlei Bedenken auf, wie es mit den späteren Reichsfinanzen werden soll, da die Steuerquittscheine ein erheblich Teil der Reichseinnahmen bis zum Jahre 1938 vorweg genommen haben. Da wird mancher an den Ausspruch des Kanzlers in Goethes „Faust“ II. Teil denken:

„Wir speisen Jahr um Jahr voraus,
Die Schweine kommen nicht zu Fette,
Verpändet ist der Pfuhl im Bette,
Und auf den Tisch kommt vorgegessen Brot!“

Man fängt doch an, sich darum zu kümmern, was nachher kommt. Wenn die Weltwirtschaftskrise noch nicht zu Ende ist, wenn die Depression anhält, dann ist das System der Steuerquittscheine ein absoluter Mißerfolg, und dann haben wir vorher verbraucht, was wir nachher umso dringender benötigen. Dann können aber auch die Steuerquittscheine sehr leicht zu einem minderwertigen Gelde werden, und wir haben dann das, was wir vermeiden wollten.

All das zusammen genommen hat der Regierung Papen den Garau gemacht. Die schönsten Reden im Rundfunk haben den Mitgliedern des Reichskabinetts nichts genützt, ihre Löhre war abgelaufen. Wir als Arbeitnehmer meinen diesem Kabinett wahrlich keine Träne nach. Noch kein Kabinett der Vor- und Nachkriegszeit hat den Arbeitnehmern soviel Bitternisse beschert, wie das Kabinett Papen.

Was hat nun aber zu geschehen? Papen ist z. Bt. noch geistlichführender Reichsfinanzler. Er hat erst abzutreten, wenn sich eine andere regierungsjährige Koalition dem Reichspräsidenten zur Verfügung stellt. Das bedingt, daß die verantwortungsvollen Politiker zunächst einmal eine Verständigung unter sich suchen müssen, um im neu-gewählten Reichsparlament eine Regierungsmehrheit zu schaffen, welche die Ueberführung des Reichsschatzes in ein ruhigeres und stetigeres Fahrwasser gewährleistet. Dazu ist Vorbedingung Duldung und Achtung der Gesinnung des Mitmenschen. Die Parteiverhältnisse liegen z. Bt. in Deutschland so, daß keine Partei für sich allein die Macht zum regieren hat. Es werden sich daher mehrere zusammenfinden müssen und das bedingt, daß jede in der Durchsetzung ihrer besonderen Parteiziele einen Pflock zurücksetzt. Wir sind der Auffassung, daß den Parteien, welche ehlich auf dem Boden der Republik stehen, eine solche Verständigung am ehesten gelingen müßte. Denn sie haben den breiten und starken Unterbau, die gemeinsame republikanische Staatsauffassung. Wenn diese republikanische Staatsauffassung mit dem Wehroffizier sozialen Teles besprengt wird, dann wird auch für uns Arbeitnehmer das Leben und Streben in diesem Staatsgebilde einen Wert haben und wir werden alle unsere Kräfte einsetzen, um dieses Haus zu erhalten und es wohnlich zu machen.

Also das Wort haben jetzt die republikanischen Parteien. Mögen sie zeigen, daß sie der Stunde gewachsen sind. Die deutsche Arbeitererschaft wird es ihnen danken.

Die unsichtbaren Arbeitslosen.

Die amtliche Statistik des Arbeitsmarktes gibt sich die größte Mühe, den Nachweis zu erbringen, daß die Bemühungen der Regierung Papen um die Ueberwindung der wirtschaftlichen Depression bereits praktische Auswirkungen aufzuweisen haben. Für die Oktober-Mitte wurde nur ein Anwachsen der Arbeitslosenzahl um rund 48.000 Personen gegenüber Ende September gemeldet, während der Zugang im gleichen Zeitraum des Vorjahres 130.000 Personen betrug. Den stärksten Trumpf spielte aber die Regierung als Erfolg ihrer Maßnahmen aus mit der Feststellung, daß die Zahl der Arbeitslosen zu Beginn des Monats November um 360.000 niedriger war als im Hochsommer. Die Regierung führt dies zurück einmal auf eine Besserung der Konjunktur, in der Hauptsache aber auf ihre Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitnehmer aller Richtungen — ganz gleich wie sie zur Regierung Papen stehen — würden sich unendlich freuen, wenn diese regierungsseitigen Behauptungen richtig wären. Die Not der Arbeitslosen ist so groß, daß man für jede Binderung dieser Not dankbar wäre, ganz gleich von woher sie kommt. Also auch

der Regierung Papen hätten wir gern unsern Dank gezollt, wenn sie ihn wirklich verdient hätte.

Doch da kommt das Institut für Konjunkturforschung mit dem Nachweis, daß aus der amtlichen Berechnung der Arbeitslosenzahlen rund 2 Millionen Arbeitnehmer verschwinden sind und laßt diese Feststellung mit der Bezeichnung „die unsichtbaren Arbeitslosen“. Aus der monatlichen Krankentassenstatistik weist das Institut für Konjunkturforschung nach, daß in den drei Jahren von Ende September 1929 bis Ende September 1932 die Zahl der Beschäftigten von 18,43 Millionen auf 12,83 Millionen, also um 5,60 Millionen gesunken ist, während die Zahl der Arbeitslosen nur um 3,78 Millionen stieg. Diese fehlenden 2 Millionen sind nun heute in keiner Statistik zu finden, sie sind einfach unsichtbar geworden. Das Institut für Konjunkturforschung kommt zu der Schlussfolgerung, daß diese 2 Millionen jene Arbeitslosen sind, die, weil sie keine Unterstützungsansprüche mehr haben und die Hoffnung aufgegeben haben, durch das Arbeitsamt Arbeit zu finden, nicht mehr zu den Arbeitsämtern kommen und infolgedessen auch nicht mehr in den der Statistik zugrunde liegenden Karteien registriert werden. Das besagt, daß die Zahl der wirklichen Arbeitslosen um 2 Millionen höher liegt, als von der amtlichen Statistik angegeben wird.

Das ist auch die Auffassung der gewerkschaftlichen Organisationen. Natürlich ist diese Feststellung der Regierung Papen überaus peinlich, denn mit ihr werden alle Vorkämpfer, die sich die Regierung selbst ums Haupt gewunden hat, wieder vorzeitig verfallen. Sie suchte zunächst die unangenehme Feststellung mit dem Einwand abzutun, daß das Institut für Konjunkturforschung auch nicht in der Lage sei, diese „unsichtbaren Arbeitslosen“ genau zu zählen. Unschonend hat aber das Reichsarbeitsministerium diesen Einwand selbst als etwas zu schwach erkannt. Deshalb bringt das amtliche Reichsarbeitsblatt nun einen Artikel, verfaßt von Regierungsrat Dr. Rothfuß „die Beschäftigung in der Krise“, in dem der Verfasser den Versuch unternimmt, den Verbleib dieser 2 Millionen verschwundener Arbeitnehmer aufzuklären. Er gibt zu, daß die Ausführungen des Instituts für Konjunkturforschung insofern richtig seien, als die Zahlen der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen nicht mehr die Gesamtheit aller Arbeitslosen darstellen. Je mehr Arbeitslose im Laufe der Jahre ihren Unterstützungsanspruch in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erschöpfen und keinen neuen erwerben, je schärfer infolge der Finanznot die Bedingungen für den Unterstützungsbezug gefaßt werden mußten, und je geringer infolge der langen Dauer der Krise die Aussichten, Arbeit zu finden, wurden, desto größer mußte selbstverständlich die Zahl derjenigen Arbeitslosen werden, die den Arbeitsämtern fernblieben und infolgedessen auch nicht mehr durch die Statistik erfaßt wurden. Diese Zahl der Nichterfaßten betrage aber bei weitem nicht 2 Millionen, sondern hierfür gebe es eine andere Erklärung. In den Jahren der Hochkonjunktur, seit Mitte 1925 bis Mitte 1929, ist die Arbeitnehmerzahl um etwa 1 1/4 Millionen gewachsen. Das war mehr als der natürliche Zuwachs aus der Bevölkerungsentwicklung, welcher nur 1,5 Millionen hätte ergeben dürfen. Hieraus sei zu folgern, daß noch mehrere Hunderttausend aus anderen sozialen Schichten in die Arbeitnehmerklasse abgewandert sind. Vom Jahre 1930 ab sei dann ein Rückstrom erfolgt. Diese nur vorübergehend der Arbeitnehmerschicht zugeflossenen Hunderttausende sind wieder in die anderen sozialen Schichten zurückgewandert; sie haben sich selbständig gemacht, oder als Händler, Wandergewerbetreibende usw. also in Ständen, die nicht zur Arbeitnehmerschicht zählen, ihr Brot gesucht. Diese Personen könnten demnach nicht in die Ziffer der unsichtbaren Arbeitslosen einbezogen werden. Es müßte weiter in Betracht gezogen werden, daß seit 1929 aus Gründen des Altersaufbaues der Bevölkerung tatsächlich wohl 200 bis 250.000 Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden seien.

Die letztere Behauptung kann aus der Diskussion ausgeschlossen werden, denn sie wird auch von dem Institut für Konjunkturforschung zugegeben. Wenn aber der Herr Regierungsrat Dr. Rothfuß der Auffassung ist, daß das augenblickliche Riesengeheer der Stadtreisenden, Provisionsagenten und Kleinhändler als Beschäftigte anzusprechen sind, dann scheint er von dem furchtbaren Elend in diesen Kreisen nichts zu wissen. Eine kleine Erkundigung bei den Wohlfahrtsämtern wird ihn darüber belehren, daß neun Zehntel dieser Leute durch die Wohlfahrt am Leben erhalten werden müssen, weil ihre „Beschäftigung“ ihnen nicht einmal die abgelassenen Schuldschulden einbringt.

Also dieser Einwand sticht nicht. Die in der Statistik fehlenden Arbeitslosen müssen andernwärts gesucht werden. Wir Gewerkschaften behaupten, daß die gegen früher geänderten Zählmethoden die Schuld an der ungenügenden Erfassung der Arbeitslosenziffern haben. Am 2. August 1932 sind weitere Durchführungsbestimmungen zur Wohlfahrtsfürsorgeverordnung erlassen, auf Grund deren dann am 9. August 1932 neue Grundsätze für die Zählung der Wohlfahrtsverwehrlösen angeordnet wurden. Diese Umstellung der Statistik auf eine völlig neue Basis führt zwangsläufig zur Streichung Hunderttausender von Arbeitslosen, weil sie nicht mehr als Arbeitsuchende geführt werden, obwohl sie keine Arbeit haben.

Nach diesen neuen Grundsätzen gelten als Wohlfahrtsverwehrlöse oder Arbeitsuchende nur Arbeitnehmer, die arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sind, das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben

und als Arbeitsuchende in bawernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen, sofern sie eine laufende Unterhaltung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen und diese Unterhaltung im Verhältnis zum Nichtsah der allgemeinen Fürsorge nicht nur geringfügig ist. Arbeitslose dürfen daher als Wohlfahrtsverwehrlöse nur dann anerkannt und bei der Zählung berücksichtigt werden, wenn sie die Voraussetzungen der genannten Vorschrift erfüllen.

Un der Zählung der von der eigentlichen Arbeitslosenunterstützung unterstützten Arbeitslosen ist ja nichts geändert. Dafür aber hat man ein ganzes Teil der ausgesteuerten Arbeitslosen, die dann von der Wohlfahrt unterstüht werden, einfach gestrichen. Die Öffentlichkeit hat von dieser Säuberungsaktion bisher keine Kenntnis gehabt. In den Altersstufen über 60 Jahre ist die Arbeitslosigkeit am stärksten verbreitet, da von diesen alten Leuten während der Krise selten einer in Arbeit genommen wird. Es kommt ja ferner in Betracht, daß diese alten Arbeitslosen durchweg seit Jahren ausgesteuert und in die Wohlfahrt verwiesen sind. Durch diese neue Zählmethode der Regierung Papen hat man die über 60-jährigen glatt von der Liste der Menschen gestrichen, die noch ein Anrecht auf Arbeit haben. Wer über 60 Jahre alt ist, zählt nicht mehr als Arbeitsloser und Arbeitsuchender, er ist erledigt, er existiert nicht mehr für die Statistik.

Nach allgemeiner Schätzung sind durch diese Streichung allein 350.000 Arbeitslose unsichtbar gemacht worden und somit aus der Statistik verschwunden. Zu diesen unsichtbaren Arbeitslosen kommen weiter alle diejenigen, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge keine laufende Unterstühtung mehr erhalten, oder eine Unterstühtung, die im Verhältnis zum Nichtsah der allgemeinen Fürsorge nur geringfügig ist. Das bedeutet, daß alle die Arbeitslosen, die noch ein kleines Einkommen aus kleinem Eigenbesitz haben, oder deren Angehörige noch etwas verdienen, so daß ihre Wohlfahrtsunterstühtung statt zu dem vollen Sah nur zu einem gekürzten Sah erfolgt, von der Reichsanstalt nicht mehr als Arbeitsuchende geführt werden, auch wenn sie unter 60 Jahre alt sind. Wie groß die Zahl dieser unsichtbaren Arbeitslosen ist, läßt sich schwer berechnen, aber schätzungsweise werden rund eine halbe Million Arbeitslose ihren Platz in der Statistik auf diese Weise eingebüßt haben.

Als Arbeitsuchender wird ferner nur der anerkannt, der in den letzten 3 Jahren vom Arbeitsamt ausgesteuert wurde, oder der in den letzten 3 Jahren mindestens 13 Wochen gearbeitet hat. Jeder, der länger erwerbslos ist, ist gestrichen worden, womit weitere 300.000 Arbeitslose unsichtbar geworden sind. Gestrichen sind ferner aus der Liste der Arbeitsuchenden Ehefrauen und sonstige weibliche Familienangehörige, die durch die Sorge um den Haushalt und für ihre Angehörigen besorgt in Anspruch genommen werden, daß sie nur geringfügige Arbeiten verrichten können. Diese Hausarbeitbestimmung kann sehr vielen weiblichen Arbeitslosen zur Streichung von der Liste der Arbeitsuchenden verholfen haben.

Es gibt noch mehr Bestimmungen in dieser Verordnung, die den Zweck haben, der Statistik ein glücklicheres Bild zu geben. Wenn man sie alle zusammennimmt, und ihre zahlenmäßige Auswirkung in Betracht zieht, dann werden die 2 Millionen unsichtbar gewordenen Arbeitslosen wohl so ziemlich restlos zum Vorschein kommen. Es hat also keinen Sinn, durch statistische Kunstgriffe Wirtschaftserfolge aufzuzeigen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Notgemeinschaft.

Trotz aller Ankurbelungsversuche und Prämienverteilung an die Arbeitgeber für Neueinstellungen, steigt das Heer der Arbeitslosen immer weiter. Unser Blick richtet sich mit besonders ernster Sorge auf die gewaltige Zahl der Jugendlichen, die zum Teil ihre Lehrzeit infolge Schließung von Betrieben nicht haben vollenden können, zum andern Teil auf alle die vielen jungen Menschen, die zwar ihre Lehrzeit beendet, dann jedoch dem großen Heer der Arbeitslosen einverleibt sind. Mit welchen Hoffnungen haben diese aus der Schule Entlassenen einen Beruf ergriffen, welche Zukunftsbilder malen sich in den Hirnen dieser jugendlichen Stämme. Ach wie bald sind die Träume der rauhen Wirklichkeit gewichen, Hoffnungslosigkeit tritt ein, die jugendlichen Wüten haben den ersten rauhen Reif empfangen, sie sind in ihrer Entwicklung gehemmt. Hier gilt es zu retten, was noch zu retten ist.

Jeder Fachmann wird aus Erfahrung wissen, daß der aus der Lehre entlassene junge Mensch zu seiner Vervollkommnung der weiteren Ausbildung bedarf. Hat der Betreffende infolge der großen Arbeitslosigkeit zur weiteren Ausbildung keine Gelegenheit, muß er nach Beendigung der Lehrzeit ungewollt freiwillig feiern, so wird in den meisten Fällen der Zustand eintreten, daß der junge Mensch seinem Beruf entfremdet wird, die bereits in der Lehre erworbenen Kenntnisse gehen verloren und der für das Handwerk oder für die Industrie vorgesehene angehende Fachmann reißt sich in das große Heer der Ungelehrten ein. Hierin liegt eine außerordentlich große Gefahr. Man könnte vielleicht einwenden, bei der ausgeprägten Teilarbeit, bei der großen Rationalisierung ist das nicht so wichtig, hierzu gehören nicht allzuviel Fachkenntnisse. Wer so denkt, übersteht völlig, daß alle noch so verfeinerten Rationalisierungen niemals den Facharbeiter ersetzen werden, und es besteht die große Gefahr, daß eine Zeit kommen kann, in der die

Facharbeiter außerordentlich knapp werden, deshalb gilt es dieser Gefahr frühzeitig zu begegnen. Es ist daher besonders lebhaft zu begrüßen, daß man sich in letzter Zeit anscheinend intensiver mit der Frage der Erhaltung der Fachkenntnisse für die jugendlichen Facharbeiter beschäftigt.

So hatte die Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe zum 22. Oktober zu einer Versammlung nach Berlin eingeladen, die besonders die Frage der praktischen Kurse zur Weiterbildung für erwerbslose jugendliche Holzarbeiter behandeln sollte. Vertreter der Behörden, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hatten der Einladung Folge geleistet. Auch der Gewerbeverein der Holzarbeiter hatte einen Vertreter entsandt. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden Gewerbeoberlehrer Rademacher-Hannover eröffnet und geleitet. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte als Referenten Dr. R. Wiedwald-Berlin entsandt, der über „die berufliche Schulung der arbeitslosen Jugend“ einen instruktiven Vortrag hielt. Aus diesem Vortrage ging zunächst hervor, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung der Frage der Weiterbildung der erwerbslosen jugendlichen Facharbeiter das größte Interesse entgegen bringt und zu diesem Zweck bereits erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt hat. Die von dem Referenten vorgetragene Zahlen über den Umfang der jugendlichen Erwerbslosen lassen die berechnete Frage aufwerfen, ob auf dem Gebiet der Weiterbildung dieser jugendlichen Kräfte nicht noch mehr Mittel bereit gestellt werden müßten. Befinden sich doch nach den gemachten Angaben 24,1 Prozent männliche und 38,5 Prozent weibliche Erwerbslose im Alter bis 25 Jahren. Welche seelische und geistige Not steckt in diesen Zahlen.

Für das Holzgewerbe von ganz besonderem Interesse waren die Ausführungen des zweiten Referenten des Gewerbeoberlehrers Behold-Hannover, der über die „Erfahrungen in den praktischen Kursen für erwerbslose jugendliche Holzarbeiter“ berichtete. Ein reichhaltiges Anschauungsmaterial in Zeichnungen und praktischer Arbeit, ließ den Fachmann sofort erkennen, daß hier wirklich praktische Arbeit geleistet worden ist. Hier trat offensichtlich die enge Verbindung der geistigen Schulung mit den praktischen Fachkenntnissen in die Erscheinung. Hier waren auch wirkliche praktische Erfolge zu verzeichnen. Hier zeigte sich aber auch die engere Verbundenheit zwischen Lehrer und Schüler, zugleich aber auch der Drang der durch die Krise aus dem Arbeitsprozess hinausgeworfenen jungen Leute, ihre in der Lehre erworbenen Fachkenntnisse festzuhalten, dieselben in den Kursen weitmöglichst zu erweitern. Diesem Streben der erwerbslosen jugendlichen Facharbeiter kann gar nicht genug entgegenkommen gezeigt werden. In diesen jugendlichen Kräfte steckt ein Nationalvermögen, das zwar nicht jetzt, sondern erst in späteren Jahren zur richtigen Bewertung kommen wird. Hier müssen alle bürokratischen Maßnahmen beiseite geschoben werden, hier gilt es über die wirtschaftliche Krise hinweg ein köstliches Volksgut zu erhalten.

Diese Kurse zur Erhaltung der in der Lehre erworbenen Fachkenntnisse müssen gepflegt und erweitert werden. Alle kleinen Eiferfüchteleien müssen in den Hintergrund treten. Hier entsteht weder dem Handwerk noch der Industrie irgend eine Konkurrenz, noch kommt irgend eine Schwarzarbeit in Betracht, diese Kurse werden von höherem Gesichtspunkt aus geleitet. Es kann ruhig zugegeben werden, daß es nicht überall so klappert wie bei den Kursen in Hannover, das ging ja auch aus den Berichten der Vertreter von Frankfurt a. O. und Stettin hervor. Mißerfolge dürfen jedoch keineswegs zur Aufgabe eines großen Zieles führen. So sehr wir alle wünschen, daß die schwere Krise bald beendet sein möge, die über große Mehrzahl der Arbeitslosen wieder dem Arbeitsprozess zugeführt werden könnte, so müssen wir leider nach menschlicher Voraussicht damit rechnen, daß die Krise noch länger andauern wird. Deshalb gilt es die aufstrebenden jugendlichen Kräfte wach zu halten, sie durch die Not nicht geistig verkümmern zu lassen. Hierzu können die Kurse zur Erhaltung der erworbenen Fachkenntnisse ganz wesentliche Dienste leisten. Das ist Notgemeinschaftsarbeit, das ist Dienst am Volke.

Arbeitsbeschaffung?

In mehr oder minder größerer Aufmachung beschäftigt sich die Tagespresse mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung. Es hat so ein jeder seine Sorgen, auch der Oberbürgermeister von Essen, der jetzige Reichskommissar von Preußen. Herr Bracht hat besonders „ernste Sorgen“, man ist versucht, auszurufen: Ja, „diese Sorgen“ müßte ich auch haben. Die Menschen sind bisweilen recht undankbar, sie können oder wollen nicht begreifen, welche Sorgen damit verbunden sind, wenn man mit den Textilfabrikanten lange Verhandlungen darüber führt, ob das Vademekum ein Zentimeter mehr oder weniger ausgeschnitten werden darf und ob der Zwiddelel auch richtig angefertigt ist. Das ist wirklich ein Kapitel überaus ernster Sorge in bezug der Arbeitsbeschaffung und die Fabrikanten werden dies gewiß dankbar anerkennen.

Wenn wir nun einmal bei dem Kapitel Arbeitsbeschaffung angelangt sind, möchten wir Herrn Bracht empfehlen, sich den Artikel im „Berliner Tageblatt“, Abendausgabe vom 22. Oktober 1928:

Arbeit wäre da, wenn . . .

von Dr. Alice Salomon, zweites Studium für Arbeitsbeschaffung und Hebung der sittlichen Moral unter die Lupe zu nehmen, er wird dort manche fruchtbare Anregung finden. Die Verfasserin weist zunächst darauf hin, daß von einer Überproduktion keine Rede sein kann, so lange die Hälfte oder ein Drittel des deutschen Volkes — noch nicht ein eigenes Bett, eine eigene Schlafstelle besitzen, keine Wohnung, in der Raum genug ist, um für jeden Bewohner ein Bett unterzubringen. Die Verfasserin weist ferner auf die Schrift „Das soziale Sexualverbrechen“ von Noack (Verlag Pöhlmann-Stuttgart) hin, in der dieser über eine Reise, die er im Winter 1928—29 im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums unternommen hat, berichtet. In einer schleifischen Gemeinde haben von 400 Schulkindern 580 das Bett mit andern, darunter 264 mit erwachsenen Personen teilen müssen. Aus anderen Gegenden wird berichtet, daß 40 Prozent der Jugendlichen kein eigenes Bett besitzen, daß in einem Bergarbeiterbezirk mit 2700 vorhandenen Wohnungen 988 nur einen Raum (ohne Küche und Kammer) haben.

Ein Arzt berichtet aus einer Großstadt von einer Frau, die dreizehn Schwangerschaften und sechs lebende Kinder von 1 bis 19 Jahre hat. Um wenigstens die größten Mädchen und einen 16-jährigen Knaben aus dem Zimmer, in dem die Eltern schlafen, herauszulegen, müssen zwei Knaben von 11 und 13 Jahren im Bett der Eltern untergebracht werden. Der 16-jährige Sohn schläft mit der 19-jährigen Schwester und einer Base im Nachbarrzimmer.

Ein Berliner Stadtarzt schreibt: „Solche Wohnungsverhältnisse werden zu einer Quelle der Seelennot für alle, weil sich hier vor aller Augen und Ohren Umarmung, Schwangerschaft und Geburt, Monatsphase und Wechseljahre, Not und Tod offen und ungeschminkt abspielen“.

Nach amtlichen Erhebungen in einem Bezirk der Berliner Innenstadt hatten dort von 2141 Wohnungen nur 965 einen eigenen Abort. In manchen Fällen müssen zehn Mietparteien einen Abort gemeinsam benutzen.

In dem Jahresbericht der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen wird mitgeteilt, daß von den 2450 Besuchern der sieben Ehe- und Sexualberatungsstellen 37,4 Prozent als Untermieter wohnten. In einem westlichen Vorort lebten 36 von 310 Schwangeren, die die Beratungsstelle aufsuchten, in Lauben. Nur die Hälfte verfügte über eine eigene Wohnung. Die anderen haben recht, wenn sie meinten, sie hätten es schlechter als ein Tier, das sich einen ruhigen Platz suchen kann, wo es seine Jungen zur Welt bringt.

Solange nicht jeder Deutsche ein Bett hat und Raum, wo er das Bett unterbringen kann, solange nicht jedes Kind zwei Hemden besitzt, so daß es nicht im Bett zu liegen braucht, wenn das einzige Hemd gewaschen wird, und zwei Paar Schuhe, damit eines trocken kann, wenn es naß geworden, ja solange haben wir keine Überproduktion. Solange gibt es keine überflüssigen Arbeitskräfte.

Wir empfehlen Herrn Bracht dies Kapitel der Arbeitsbeschaffung besonders eingehend zu studieren. Vielleicht ist dies lohnender und staatsbehaltender als die Suche nach dem Zwiddelel.

Rampfeslehren.

Der durch die Notverordnung der Regierung Papen veranlaßte neue Lohnabbau, der Eingriff in das Tarifrecht, hat die Erregung der breiten Massen der Arbeitnehmerschichten bis zur Siedehitze gesteigert. Wo nur irgend zugänglich haben die Arbeitnehmer alle ihre Kräfte zur Abwehr eingesetzt, in manchen Orten ist es zu elementaren Verzweiflungsausbrüchen gekommen. Auf der anderen Seite haben weitflüchtige Arbeitgeber die ganze Notverordnung mit gemischten Gefühlen angesehen, sie haben den klügeren Teil erwählt und haben sich mit den Arbeitnehmern bzw. mit den Gewerkschaften verständigt. Demgegenüber sind Arbeitgeber weit über die Bestimmungen der Notverordnung hinausgegangen. So haben Arbeitgeber in der Holzindustrie, die ihre Leute seit März d. J. nur zwei Tage in der Woche beschäftigt den Versuch unternommen, die Löhne zu reduzieren. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn die betreffenden Arbeitnehmer solch unsoziales Verhalten der Arbeitgeber mit Arbeitsniederlegung beantwortet haben. Überall dort, wo das Organisationsverhältnis ein gutes war, haben die Gewerkschaften auch vermocht, ohne nennenswerte Opfer der Kollegen die durch die Notverordnung hervorgerufenen Angriffe der Arbeitgeber abzuwehren. Es darf bei diesen Betrachtungen jedoch auch nicht verfehlt werden, daß sich in manchen Orten gewerkschaftsfeindliche Elemente eingeschlichen haben und diese wirtschaftlichen Abwehrkämpfe für ihre politischen Ziele ausgenützt haben.

Ein lehrreiches Beispiel hierfür bildet der Verkehrstreik in Berlin. Die Berliner Verkehrsgesellschaft, eine im Besitz der Stadt befindliche Aktiengesellschaft, die Straßenbahn, Autoomnibus und Untergrundbahn betreibt, kämpft seit längerer Zeit mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Wodurch die Schwierigkeiten entstanden, ob durch die ungeheuren Gehälter der Direktoren, denn die bezogen noch vor nicht langer Zeit ein Gehalt von über Hunderttausend Mark, oder durch den intensiv betriebenen Bau von Untergrundbahnen, spielt bei dieser Betrachtung eine untergeordnete Rolle. Tatsache ist, daß

auf Grund der finanziellen Schwierigkeiten wiederholt Entlassungen der Angestellten vorgenommen worden sind und die Absicht bestand, weitere Entlassungen vorzunehmen. Durch das Eingreifen der Gewerkschaften wurden die Entlassungen zum größten Teil verhindert. Die Verkehrsgesellschaft versuchte jedoch, wie die Privatbetriebe, die Löhne auf Grund der Notverordnung zu reduzieren. Durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften gelang es jedoch, die weitgehenden Lohnsenkungspläne im wesentlichen abzuwehren, es sollte jedoch eine Senkung der Löhne um 2 Pfg. pro Stunde eintreten. Hierüber sollte die Belegschaft abstimmen. An der Abstimmung beteiligten sich von 21902 Beschäftigten 18537 Angestellte. Davon stimmten 14471 für einen Streik. Hierbei muß besonders beachtet werden, daß sich an der Abstimmung ein außerordentlich hoher Prozentsatz von unorganisierten beteiligt haben. Die beteiligten Gewerkschaftsführer stellten auf jeden Fall fest, daß die laut Satzung erforderliche Dreiviertelmehrheit für den Streik nicht erreicht worden ist. Im Gegensatz zu der Gewerkschaftsleitung bildete sich eine aus Kommunisten und Nationalsozialisten bestehende Streikleitung, die zum Streik aufforderte und es auch durchsetzte, daß am 3. November der ganze Bahnbetrieb stillgelegt wurde. Am selben Tage setzte jedoch der Schlichtungsausschuß ein und fällte gegen den Widerspruch der Arbeitnehmervertreter einen Schiedsspruch, der den geplanten Lohnabbau bestätigte, verlängerte jedoch den noch strittigen Mantelvertrag un verändert bis zum 31. März. Dieser Schiedsspruch wurde noch am gleichen Abend vom Schlichter für verbindlich erklärt. Damit war für die beteiligten Gewerkschaften die Bewegung beendet, sie mußten ihre Mitglieder auffordern, die Arbeit aufzunehmen. Dies war jedoch nicht möglich, da trotz größter polizeilicher Schutzmaßnahmen es der Verkehrsgesellschaft nicht gelang, den Betrieb in Gang zu bringen. Es kam an verschiedenen Stellen zu Tumulten, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Nun muß eines besonders beachtet werden, diese Ereignisse spielten sich alle 3 Tage vor der Reichstagswahl ab. Der Kampf ist daher weniger als wirtschaftlicher, sondern in hohem Ausmaße als politischer Streik zu bewerten. Nationalsozialisten in trauter Verbitterung mit Kommunisten traten in geschlossener Einigkeit als Vertreter des Radikalismus auf. Nationalsozialisten, die für Wahlzwecke Millionen von Mark aus der Hand der Schwerindustrie von Thyssen und Genossen nehmen, spiegelten sich hier als radikale Gegner des Kapitals auf. Die Angestellten der Wohlfahrtsgesellschaft haben jedoch bald erfahren müssen, daß sie von den Nationalsozialisten und Kommunisten auf das falsche Geleise geführt worden sind, daß sie lediglich zu Wahlzwecken benützt worden sind. Sowie die Reichstagswahl beendet war, wurde auch der Streik abgeblasen. Die Schlußrechnung war jedoch, daß 2500 Mann auf der Straße blieben, die zu spät einsahen, daß sie Leuten gefolgt sind, die nur lediglich den Zweck verfolgten, Wahlgeschäfte zu machen. Die Direktion der Verkehrsgesellschaft hat diese Gelegenheit wahr genommen, um die schon lange geplanten, von den Gewerkschaften jedoch verhinderten Entlassungen in die Tat umzusetzen. Alle bisher gegen die Entlassungen eingelegten Proteste sind wirkungslos verhallt, 2500 Entlassene, meist Familienväter, stehen jetzt vor einem nichts, sie sind nicht nur ihrer Stellung, sondern auch ihrer Pensionsansprüche verlustig gegangen. Das Verhalten der Verkehrsgesellschaft muß auf das schärfste verurteilt werden. Wir haben auch volles Verständnis für das Verhalten der Angestellten, wenn man in Betracht zieht, daß die Lohnabbauwalze seit Jahren dauernd in Bewegung ist. Dieser Kampf hat aber mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man die Anweisungen und Maßnahmen der Gewerkschaftsführer nicht in den Wind schlagen darf und daß man andererseits diesen sich radikal gebärdenden politischen Söldlingen die Tür weisen soll. Dieser Streik läßt aber auch die Gefährlichkeit der gewerkschaftl. Betriebszellen erkennen. Die Gewerkschaftsfeindlichkeit der radikal-politischen Kreise von links und rechts ist uns bekannt, ebenso, daß diese Zellenbauerei vielfach im Einverständnis mit den Unternehmern erfolgt. Die organisierten Arbeitnehmer haben umso mehr Ursache, ihre Wachsamkeit zu verdoppeln. Die altbewährten Führer haben Freud und Leid mit den Kollegen geteilt, sie sind auf Treu und Verberben miteinander verwachsen, sie sind daher auch die besten Berater. Die Lehren aus diesem Kampfe sind, daß man nicht verantwortungslos, gewerkschaftsfeindlichen Leuten nachlaufen darf, denn die Folgen solcher Schritte sind überaus schwer.

Das Organ des Gesamtverbandes, die „Gewerkschaft“, schreibt in seinen Betrachtungen über den Streik folgendes:

„Lohnausfall, Entlassungen, Verhaftungen, schwere Verletzungen sind das Ergebnis einer unfähigen Bewegung, inszeniert von Strupel- und verantwortungsloser Wahlmännern. Dabei liegt die Gefahr weiterer Entlassungen vor, nachdem jedem Eingeweihten bekannt ist, daß die BGS immer noch behauptet, überzähliges Personal zu besitzen. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt der BGS eine äußerlich gerechtfertigte Handhabe zum Personalabbau zu bieten, grenzt an Irrsinn. Aber was fragen die politischen Drahtzieher im SPD- und Nazi-lager nach Menschenfischalen. Sie lassen die verhassten und mißbrauchten Anhänger schuldig werden und überlassen sie dann ihrer Pein. Wenn dabei nur das Parfümpchen kocht“.

Aus der Holzindustrie.

Bayern.

Der Landesverband bayerischer Schreinermeister hat für sich und im Auftrag des weiter beteiligten Kreisverbandes für das Schreinerhandwerk, den am 3. August 1932 abgeschlossenen Mantelvertrag für das Holzgewerbe in Bayern zum 15. Februar 1933 gekündigt.

Rheinland-Westfalen.

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 28. Oktober sind der Bezirksarbeitsvertrag für das Holzgewerbe in Rheinland-Westfalen vom 21. Juli und das Lohnabkommen vom gleichen Tage mit Wirkung vom 15. Oktober für allgemeinerbindlich erklärt worden.

Ostpreußen.

Der am 17. Oktober 1932 für das ostpreussische Holzgewerbe gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden.

Sägewerkindustrie Bayern.

Nach einer bindenden Entscheidung des Schlichtungsausschusses München vom 5. November wurden die Spigenlöhne wie folgt festgesetzt:

Ortsklasse II	59 Pfg.
„ III	54 „
„ IV	51 „
„ V	46 „

Laufräder 31. März 1933. Lohnabzüge auf Grund der Notverordnung vom 5. September dürfen nicht stattfinden.

Arbeiter, hört auf!

Die deutschen Unternehmer haben bekanntlich einen Streikschutzverband, um sich gegen Streikverluste zu schützen. Diese Entschädigungsgesellschaft ist der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände angegliedert und hat jetzt ihre Mitgliederversammlung gehabt. Für die Arbeiter ist nun interessant, was in dem Geschäftsbericht über den Streikschutz gesagt wird und welche Schlüsse daraus gezogen werden. Wir lassen einige Sätze daraus folgen:

„Die Aufrechterhaltung und dauernde finanzielle Unterstützung der Arbeitgeber-Schutzorganisation ist trotz schwieriger Wirtschaftslage dringend notwendig. Bessern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse, so wird mit Lohnkämpfen zu rechnen sein. Die mit der Besserung der Konjunktur Hand in Hand gehende Geldverknappung wird die Ausbringung der notwendigen Mittel zur Durchführung des Kampfes sehr erschweren. Es kann also nicht dringend genug davor gewarnt werden, in kurzfristiger Verklemmung der Lage, Organisationen zu vernachlässigen, deren Nutzen sich in der Vergangenheit segensreich ausgewirkt hat, und deren Notwendigkeit in Zukunft für jeden einsichtigen Unternehmer klar vor Augen steht.“

Natürlich hat nun der Arbeitgeberverband auf diesen Entschluß hingewiesen und auf die Gefahr, in welche die Unternehmer durch die Streiks kommen können. Besonders hervorgehoben wird noch, daß bei besserer Wirtschaftskonjunktur die Lohnkämpfe zunehmen werden, und da die örtliche Hilfe in den meisten Fällen nicht zureicht, muß die zentrale Unterstützung eingreifen, wofür selbstverständlich rechtzeitig Beiträge zu zahlen sind.

Was ergibt sich daraus nun für den Arbeiter? Er sieht, daß die Unternehmer für die Verluste aus den Arbeitskämpfen sich sichern, daß sie ihren Kampffonds aufbessern, Beiträge zahlen und gemeinsam sich helfen. Muß das der Arbeiter nicht viel mehr tun? Er hat alle Ursache, den wirtschaftlichen Kampf zu führen. Aber er muß auch dafür sorgen, daß ihm eine Streikunterstützung und eine gewerkschaftliche Streikführung zur Seite steht. Deshalb ist es für den Arbeiter eine Selbsterhaltungspflicht, dem Gewerkschaftsverein beizutreten, Beiträge zu zahlen und sich vor wirtschaftlichem Schaden zu schützen. Lernen wir in diesem Fall von dem Unternehmer.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Die Vereinigten Ortsvereine Groß-Berlins hatten eine Arbeitslosenversammlung zum 11. 10. 32 im Tilsiter Vereinshaus, Tilsiter Straße 64 einberufen. Vorsitzender Kollege Mühle eröffnet die Versammlung um 4 Uhr und heißt die anwesenden Kollegen, insbesondere den Vertreter der Sozialen Kommission, Kollegen Jordan, sowie den Referenten Kollegen Schumacher willkommen. Das Thema des Referats behandelt: „Die Krise und die Arbeitslosen“. Der Vortragende stellte fest, daß heute 20 Millionen Menschen als Angehörige der 6 Millionen Arbeitslosen unterhalten werden müssen. Die wertvollste Kraft eines Volkes, die Arbeitskraft, liegt brach und dieses wirkt sich demnach auf die ganze Wirtschaft verheerend aus. Die jetzige Regierung, die durch sehr zweifelhafte Experimente unter Anwendung des Artikels 48 der Verfassung, die Löhne kürzt und demnach die Kaufkraft der Massen fast vollständig unterbindet, führt einen Zustand herbei, der auf die Dauer untragbar ist. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die verkehrte Wirtschaftspolitik der Regierung haben ein Anwachsen der

extremen rechten sowie linken Parteien und somit einen arbeitsunfähigen Reichstag zur Folgeerscheinung gehabt. Durch gegenseitige Hebe ist der Brauermord zur Tatsache geworden. Durch die letzten Maßnahmen der Papenregierung, in dem sie dem Unternehmertum Pönten für Neueinstellungen gibt, den Arbeitern aber die Löhne von der 31.—40. Stunde wesentlich kürzt, ist die sogenannte Ankerbelagerung der Wirtschaft vollständig erfolglos geblieben. Die Gewerkschaften lehnen ein derartiges von der Regierung aufgezwungenes Lohnkürzen ab, berufen sich darauf, daß abgeschlossene Verträge gehalten werden müssen. Die Papenregierung stellt sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß Tarifverträge nicht maßgebend sind, und es werden den Gewerkschaften als Vertragskontraahenten die schwersten Geldstrafen angedroht, falls sie die Notverordnung nicht anerkennen und ihre Mitglieder zum Kampf dagegen aufrufen sollten. Der Gewerkschaften hat den Grundgedanken vertreten und vertritt ihn auch heute, daß Tarifverträge gehalten werden müssen. Es ist jetzt ein Zustand eingetreten, dem die Gewerkschaftsführung machtlos gegenüber steht. Die freien Gewerkschaften, die der SPD. nahe stehen, haben in früheren Jahren mit den Schlagworten „Klassenkampf, Kampf dem Kapitalismus“ viel herumgeworfen. In der Zeit, wo sie starken Regierungseinfluß hatten, wurde es aber unterlassen, wenigstens die ärgsten Auswüchse desselben zu bekämpfen. Demgegenüber stehen die Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer ihr Auskommen haben müssen. Die jetzige Rechtsregierung, die in der von ihr verkündeten göttgewollten Ordnung, das Volk zur christlichen Moral erziehen will (siehe Badenhofen-Erlaß) und sich damit der Lächerlichkeit preisgeben, wolle das frühere Herrmentum wieder herstellen. Die Regierung scheint gewillt zu sein, den von ihr eingeschlagenen Rechtskurs noch weiter fortzusetzen. So hat sie es durch ihren zollpolitischen Unfug fertiggebracht, daß Deutschland fast vollständig isoliert dasteht und auf Grund der fast minimalen Ausfuhr die Arbeitslosigkeit sich vergrößert und das Volk immer größerem Elend preisgegeben wird. In den Jahren von 1924—30 war bei den Sparläufen eine aufsteigende Linie der Einlagen zu verzeichnen. Durch die Krise und den im Zusammenhang damit erfolgenden Bankentwurf wurden selbige nach und nach wieder abgehoben. Infolge jahrelanger Arbeitslosigkeit, insbesondere älterer Leute, die heute, wenn sie über 50 Jahre, kaum noch die Möglichkeit mehr haben, in den Produktionsprozess wieder einzutreten, ist das gesparte Kapital nach und nach aufgezehrt worden, so daß das deutsche Volk gänzlicher Verarmung entgegensteht. Diese Notlage des Volkes haben politische Abenteurer sich zunutze gemacht und einen großen Teil des Volkes durch Schlagworte und Versprechungen verstanden, für ihre parteipolitischen Zwecke einzufangen. Ob die am 6. November stattfindende Reichstagswahl die jetzige vollständig verworrene Situation etwas klären wird? Nach einer sehr lebhaften Aussprache, an welcher sich außer den Kollegen Jordan eine Anzahl Arbeitsloser beteiligten, betonte der Referent im Schlußwort, daß wir als Gewerkschafter auf dem Boden der Verfassung ständen und daß nur Maßnahmen, die im Interesse des Volkes ausgeführt würden, uns wieder vorwärts bringen würde. Er forderte dann auf, den Gewerkschaftsgedanken hoch zu halten und durch Neuwerbung von Mitgliedern weiter zu verbreiten. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Es wurde folgende Entschliebung angenommen:

Entschliebung.

Die am Dienstag, dem 11. Oktober 1932 von den vereinigten Ortsvereinen der Holzarbeiter Berlins einberufene Arbeitslosenversammlung protestiert gegen die von der Reichsregierung durch Notverordnung verfügten Kürzungen der Unterstützungen. Alle Maßnahmen der Reichsregierung tragen den Stempel der Einseitigkeit gegen die Arbeiterschaft. Für die in Arbeit stehenden immer neue Lohnkürzungen, Eingriffe in das Tarifrecht und Verminderung der Rechte der Arbeiter auf allen Gebieten des Arbeitsrechts. Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch falsche Zoll- und Kontingentierungsmaßnahmen, sowie Begünstigung der Unternehmer in jeder Beziehung. Die Ausfuhr unserer Industrieprodukte wird zu Gunsten des Großgrundbesitzes künstlich gedrosselt und das Arbeitslosenheer noch vergrößert. Die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes wird systematisch herunter gedrückt. Durch alle diese Maßnahmen muß die Wirtschaft zum Erliegen kommen. Die Arbeitslosen verlangen Arbeit oder solche Unterstützungsätze, daß sie und ihre Familien wenigstens das Notdürftigste kaufen können. Auch im Arbeitslosen müssen die Regierung und die herrschenden Klassen den Menschen achten; weil er auf Grund der Verfassung einen rechtlichen Anspruch darauf hat, zu leben.

Berlin-Marb. In der am 12. November abgehaltenen Monatsversammlung hielt der Kollege Volkmann vom Hauptvorstand einen interessanten Vortrag über die Vorgänge der Neuzeit. Ausgehend von den Worten des ermordeten früheren Reichsaußenministers, der vor seinem Tode prophetisch die Worte prägte: Das deutsche Volk muß sich durch eine Zeit dunkler Mächte durchkämpfen, schloß der Vortragende den Auf- und Wstiege des deutschen Volkes, wie bestimmte Kreise es verstanden haben, alle Lasten den Arbeitnehmern aufzubürden. Die Maßnahmen der Regierung Papen sind geradezu ge-

eignet, den Glauben an jede Gerechtigkeit zu verlieren. Unformale erscheint es notwendig, die alten Kämpfer noch zu rufen, den alten Kampf der Gewerkschaften nach Gleichberechtigung aller Volksschichten in Stadt und Land in den Vordergrund zu stellen. Mit dem Stürmungszug der Jugend, gepaart mit den Erfahrungen des reifen Alters müssen wir den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen. Das Bild von Dr. Max Hirsch, dessen 100. Geburtstag wir noch in diesem Jahre begehen können, muß uns ständig vor Augen stehen. Die Krise kann uns wohl arbeitslos, aber nicht mühslos machen.

An den Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache.

Der Punkt Vorstandswahl brachte die einmütige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Zur dringenden Beachtung!

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung für den Rechtsanspruch zur Gewährung jeglicher Unterstützung, die in der Satzung vorgesehen ist.

An Mitglieder, die länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, wird grundsätzlich keine Unterstützung gezahlt.

Laut Beschluß des Hauptvorstandes erscheint unser Organ „Die Eiche“ ab 1. November nur alle vier Wochen.

Vorstandswahlen.

Nach § 18 der Satzung müssen in jedem Jahre die Vorstandswahlen in den einzelnen Ortsvereinen vorgenommen werden. Die Ortsvereinsvorstände werden hiermit ersucht, in der nächsten Ortsvereinsversammlung die Wahl des Vorstandes auf die Tagesordnung zu setzen und nach erfolgter Wahl das Resultat unverzüglich an das Büro einzusenden. Das gilt auch für diejenigen Ortsvereine, bei denen eine Aenderung in der Besetzung der Vorstandsämter nicht eingetreten ist.

Um pünktliche Einsendung der Wahlresultate wird dringend gebeten.

Der Hauptvorstand.

Notpreise!

Feine

Maß-Anzugstoffe

blau und grau Wollkammgarn

Meter RM. 6.80, 8.80, 10.80

Unverbindliche Mustersendung wird gern zugesandt!

Geraer Textilfabrikation G. m. b. H.
Gera.

Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 19.—25. Nov. ist die 47. Woche fällig
Für die Woche vom 26. Nov.—2. Dez. ist die 48. Woche fällig
Für die Woche vom 3.—9. Dez. ist die 49. Woche fällig
Für die Woche vom 10.—16. Dez. ist die 50. Woche fällig
Für die Woche vom 17.—23. Dez. ist die 51. Woche fällig
Für die Woche vom 24.—30. Dez. ist die 52. Woche fällig



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.